

Bürgerliches Trauerspiel, nicht griechische Tragödie

Von Robert Habeck

Ist Schleswig-Holstein gleich Griechenland? Pleite, bankrott und drohen ihm soziale Unruhen? Die Antwort ist Nein. Kiel ist nicht Athen, und das bürgerliche Trauerspiel keine attische Tragödie. Hier hat die Politik noch die Möglichkeit, sich für gerechte Reformen zu entscheiden, die gerade nicht die Zukunftsfelder der Gesellschaft ruinieren. Zu Panik und

Katastrophenszenarien besteht also kein Anlass, dafür um so mehr für eine verantwortliche Politik. Die bedeutet zu allererst, eine ehrliche Analyse vorzulegen (auch das wurde in Griechenland versäumt, bzw. mit Absicht umgangen, wobei sich die Frage aufdrängt, wie funktionsfähig eine europäische Regulierung ist, wenn sie sich so einfach umgehen lässt).

Da die schwarz-gelbe Landesregierung genau diese Bestandsanalyse bislang verweigerte, haben wir als Grüne Landtagsfraktion uns an sie gemacht. Für eine Opposition ist das ein ungewöhnlicher Schritt, sind wir doch bewusst das Risiko eingegangen, uns angreifbar zu machen. Aber wir setzen damit die Linie eines ungewöhnlichen Wahlkampfes und auch der Arbeit der letzten Legislatur fort: Opposition nicht nur als Maulen und Nein sagen zu verstehen, sondern als konzeptionelles Stellen der Regierung. Mag sein, dass wir so nicht den Populismus-Pokal gewinnen, vielleicht aber doch an Zustimmung insgesamt. Letztlich jedoch ist das Schielen auf Zustimmung in dieser Situation sowieso kein guter Ratgeber.

Bei jährlichen Nettoausgaben in Höhe von zirka neun Milliarden Euro beträgt der Schuldenstand des Landes Schleswig-Holstein Ende 2010 mehr als 25 Milliarden Euro. Das Land gibt jedes Jahr 1,25 Milliarden Euro mehr aus als es einnimmt. Nach der Schuldenbremse muss dieses Defizit bis

2020 in 10er-Schritten von jeweils 125 Milliarden Euro pro Jahr zurückgefahren werden. Anders als die Landesregierung haben wir nicht bei den freiwilligen, kulturellen und sozialen Leistungen angesetzt, sondern bei den Strukturen des Landes und der Verwaltung. So können wir durch Einsparungen und Mehreinnahmen 640 Millionen Euro in zehn Jahren erwirtschaften. Aber gleichzeitig wollen, ja müssen wir 350 Millionen Euro in Bildung und Klimaschutz investieren. Also bleibt eine Einsparsumme von 340 Millionen Euro, etwa ein Drittel der für die Einhaltung der Schuldenbremse erforderlichen Summe. Fazit: So viele Verbände und Einrichtungen kann man gar nicht schließen, um die Schuldenbremse einzuhalten. Also müssen wir über Einnahmeerhöhungen reden. Wir brauchen eine stärkere Heranziehung großer privater Vermögen zur Bewältigung der Krise, und einen Altschuldenfonds, der die Verpflichtungen aus Ländern und Kommunen bündelt, damit die Politik wieder gestalten kann.






Rechenschaftsbericht der Grünen Landtagsfraktion
Download unter www.sh.gruene-fraktion.de

► Mehr Infos: www.sh.gruene-fraktion.de



Aktiv gegen Nazis!

-  Rechtsextreme Strukturen erkennen
-  Gegenbewegung vernetzen
-  Solidarisch handeln

Am 2. & 3. Juli 2010, Uni Lüneburg

Anmeldung und Informationen unter: www.aktiv-gegen-nazis.org



Dem Rechtsextremismus den Kampf ansagen

Von Luise Amtsberg

Der Kampf gegen Rechts ist für uns Grüne eine essentielle Aufgabe. Ideologisierte Debatten zu führen, Links- und Rechtsextremismus in einen Topf zu werfen oder, wie Schwarz-Gelb es tut, darüber nachzudenken, die Mittel für den Kampf gegen Nazis auf alle Extremismusformen zu verteilen, ist einfach unerträglich. Vor dem Hintergrund steigender Zahlen rechts motivierter Kriminalität ist dies die vollkommen falsche Strategie.

„Autonome Rechte“ prägen laut Verfassungsschutzbericht 2009 das neue Bild der Neonaziszene in Schleswig-Holstein. Wie der kürzlich erschienene Bericht deutlich macht, handelt es sich hierbei um eine neue rechte Strömung. Sie agiert in ihrer Erscheinungsform sehr viel aktionistischer und weit weniger kalkulierbar. Umso wichtiger ist es, das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechts zu stärken und auf wirkungsvolle gesamtgesellschaftliche Handlungskonzepte zu setzen.

Neonazis organisieren sich nicht nur innerhalb der Landes- und Bundesgrenzen. Deswegen veranstalten wir, das sind meine junggrünen Kollegen Jan Philipp Albrecht (MdEP), Sven-Christian Kindler (MdB), Helge Limburg (MdL Niedersachsen) und ich, gemeinsam einen norddeutschen Kongress gegen Rechtsextremismus. Ziel des Kongresses ist es, in verschiedenen Workshops den norddeutschen Rechtsextremismus theoretisch-analytisch zu beleuchten und Gegenstrategien zu entwickeln.

Wir dürfen den Neonazis nicht die Deutungshoheit über gesellschaftliche Fragen überlassen. Wir müssen ihrer menschenverachtenden Ideologie etwas entgegensetzen und ihren „bürgerlichen“ Schein enttarnen. Interessierte und Aktive sind herzlich willkommen, am Kongress teilzunehmen, zuzuhören oder mitzumachen.

 Weitere Infos unter: www.aktiv-gegen-nazis.org

Buchladen Zapata braucht neue Scheiben

Von Luise Amtsberg

In den vergangenen Monaten haben sich die rechten Übergriffe auf alternative und antifaschistische Einrichtungen gemehrt. Betroffen ist auch der linksalternative Buchladen Zapata in Kiel. In regelmäßigen Abständen werfen rechte Randalierer hier die Scheiben ein. Zapata, ein Buchladen der fest zur Literaturszene in Kiel gehört, ist kaum in der Lage, die Kosten für die ständigen Reparaturen zu tragen. Nun ruft der Runde Tisch gegen Rassismus und Faschismus in Kiel zu einer

Spendenaktion auf. Zapata soll endlich Gitter und bruchsi-
chere Scheiben bekommen.

Ich bitte euch, an der Spendenaktion teilzunehmen.
Runder Tisch gegen Rassismus und Faschismus Kiel
Fördesparkasse
Kontonummer: 1000 8633 71
Bankleitzahl: 210 50170
Stichwort: ZAPATA

Töten ohne Sinn und Verstand: Schwarz-Gelb erlaubt weiter Jagd auf Mauswiesel, Saatgänse, Blässhühner und Möwen

Von Marlies Fritzen

Still und heimlich hat die Landesregierung die umstrittene Landesjagdzeitenverordnung um fünf Jahre verlängert. Offenbar fürchtet sie die öffentliche Debatte und dies zu Recht, denn sie erlaubt das Töten ohne Sinn und Verstand.

In der Verordnung werden die Jagdzeiten selbst für geschützte und vom Aussterben bedrohte Tiere wie Baumarder, Iltis, Rebhuhn und Sturmmöwe ausgeweitet. Der Jagd- und Artenschutzbericht für die Saison 2008/2009 belegt, dass 2.260 Iltisse, 371 Rebhühner und 187 Sturmmöwen „zur Strecke gebracht“ wurden. Iltisse und Sturmmöwen stehen auf der Vorwarnliste der gefährdeten Arten, Rebhühner gelten als gefährdet.

Die Landesregierung nennt keinen vernünftigen Grund für die Jagd auf gefährdete Arten, und kennt auch keine Zahlen über deren Auswirkung auf die Bestände. Die Landesregierung ignoriert darüber hinaus das Risiko des versehentlichen Abschusses seltener und bedrohter Tierarten. Der geschützte Singschwan ist nicht immer sicher vom Höckerschwan zu unterscheiden, die bedrohte Waldsaatgans sieht der gewöhn-

lichen Saatgans ähnlich. Wegen dieser Verwechslungsgefahr gab es für Arten wie die Saatgans eine ganzjährige Schonzeit. Schwarz-Rot hat sie 2005 aufgehoben, Schwarz-Gelb verlängert diese unverantwortliche Jagdpraxis nun.

Welchen ökologischen Sinn die Tötung von Mauswieseln macht, kann die Landesregierung nicht sagen. Dennoch wurden in der letzten Saison 270 von ihnen erlegt, ebenso



473 Höckerschwäne, 874 Blässhühner, 5.325 Elstern, 21.381 Rabenkrähen. Kein Mensch isst Höckerschwäne oder Elstern, niemand näht sich einen Mantel aus dem Fell von Mauswieseln. Wozu also müssen sie bejagt werden? Die Antwort darauf bleibt die Landesregierung schuldig.

Die Förderung für den ländlichen Raum auf Umwelt und Beschäftigung ausrichten

Von Bernd Voß

Über die Finanzplanung ab 2013 wird derzeit intensiv auf allen Ebenen diskutiert und gerungen. Der Agrarhaushalt umfasst aktuell in der EU fast 60 Milliarden Euro. Davon fließen jährlich über 400 Millionen nach Schleswig-Holstein. Zirka zwei Drittel gehen als Direktzahlungen an die Betriebe, der Rest geht an verschiedene Umweltprogramme, den Öko-

landbau sowie Programme zur ländlichen Entwicklung. Dahinter verbergen sich aber auch viele zu kritisierende Maßnahmen wie beispielsweise Exportsubventionen.

Wir Grünen im Landtag haben einen Antrag erarbeitet, damit die Förderung des ländlichen Raumes künftig zu 100 Prozent ausgerichtet wird an den Zielen Klimaschutz, Biodiversität, Gewässerschutz, der Produktion von erneuerbaren Energien

sowie der Beschäftigung. Die Regierungskoalition lehnte in bewährter Manier jede Debatte über Mittelverwendung und Ziele ab und verhinderte eine Anhörung. Ihr mit Regierungsmehrheit angenommener Gegenantrag beinhaltete nur ein „Weiter so“. Billigerzeugung und Weltmarktoffensiven (z.B. Milch) – dafür setzt sich die Landesregierung ein.

Politikgestaltung kann nicht nur auf die Gewährung von Fördermitteln reduziert werden. Wir brauchen auch faire Regeln für die Märkte und die Erzeugung. Mit diesen Forderungen stehen wir nicht allein – vor kurzem erst hat ein breites Bündnis aus 28 deutschen Verbänden – aus der Entwicklungspolitik, dem Umwelt- und Tierschutz, den Kirchen, dem Verbraucherschutz und zukunftsorientierten Bauernorganisationen – genau diese Forderungen in einem gemeinsamen Positionspapier unterstützt.

[▶ Zu beziehen unter: www.bernd-voss.info](http://www.bernd-voss.info)

An einen Schirm für die HSH Nordbank hatte niemand gedacht

Von *Thorsten Förter*

„Der Himmel über der HSH Nordbank war blau. Optimismus allerorten, die Sonne strahlte. Bis das schlechte Wetter kam. An einen Schirm hatte niemand gedacht“, so kann man die Geschäftspolitik der HSH Nordbank zusammenfassen. Unmittelbar nach der Neuwahl hat der Landtag die Fortsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses beschlossen.

Als Landtagsneuling fiel mir die Rolle zu, die Grünen im Ausschuss zu vertreten. Eine spannende Aufgabe. Schon zeichnen sich erste Ergebnisse ab:

-> Die Krise, die die HSH Nordbank an den Rand der Zahlungsunfähigkeit brachte, hätte verhindert werden können. Ein Grundsatz im Finanzwesen besagt: Je höher die Rendite, desto höher das Risiko. Finanzmarktkrisen sind kein Akt

„höherer Gewalt“. Eine Bank muss so arbeiten, dass ein plötzlicher Absturz der Märkte sie nicht in Schieflage bringt. In der HSH Nordbank ging leider zunehmend das Risikobewusstsein verloren.

-> Öffentlichkeit und Parlament wurden von der Landesregierung über die Schieflage der Bank getäuscht. Bereits gegen Ende 2007 – noch vor der Lehman-Pleite – war die Schieflage der Bank offenkundig. Das Geschäftsmodell stand in Frage, das wusste auch Finanzminister Wiegard. Es wurde aber bis Mitte 2008 vor der Öffentlichkeit verborgen gehalten. Eine bewusste Täuschung seitens der Landesregierung.

Eine ausführliche Zwischenbilanz gibt es auf den Fraktionsseiten. Ich komme gerne in Kreis- und Ortsverbände, um über Lehren aus der Finanzmarktkrise mit euch zu diskutieren.

Grüne auf der New Energy in Husum

Von *Detlef Matthiessen*

Erstmals sind Grüne Landtags- und Bundestagsfraktion zusammen mit einem eigenen Stand auf einer Messe vertreten. Und wo? Ist doch klar: Auf der „New Energy“ in Husum! Unter dem Titel „GRÜNE: Die Energiepartei“ ist unser Auftritt ein voller Erfolg. Es muss Material nachgeliefert werden, so groß ist der Andrang bei den Grünen. Im Mittelpunkt der Messe stehen kleine Windkraftanlagen und unübersehbar, der Publikumsmagnet: Elektromobile. Ein umgebauter E-Porsche zeigt, was alles möglich ist.

Warum sind Elektromobile eigentlich „ökologisch“?

Verbrennungsmotoren nutzen weniger als 30 Prozent der Energie, Elektromotoren über 80 Prozent. Wenn Strom in Zukunft immer mehr oder vollständig aus erneuerbaren Energien kommt, wird das mobile Leben klimafreundlicher. Die Probleme Verknappung von Rohstoffen und Treibhausgas treten in den Hintergrund. Netztechnisch passt E-Mobilität hervorragend in die Stromzukunft. Schon heute führt ein großes Angebot an Regenerativstrom mitunter zu negativen Preisen an der Börse.



Prominentes Gedrängel am grünen Stand (von links nach rechts): Marlene Lühr, Ingrid Nestle, Irene Fröhlich, Dr. Valerie Wilms, Willi Voigt, Detlef Matthiessen, Bernd Voß, Dr. Andreas Tietze und Karl-Martin Hentschel

Wir Grüne stellen im Landtag Anträge für ein E-Mobilitätskonzept Schleswig-Holstein und zur Markteinführung kleiner Windkraftanlagen.